

Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und ein gutes Leben im öffentlichen Diskurs

Inhaltsanalytische Illustrationen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Doris Fuchs, Annika Lietz, Michael Pollok

Münster, August 2015





Sustainable Governance Discussion Paper ISSN 1868-4203

Publisher: Chair of International Relations and Sustainable Development

Institute for Political Science

University of Muenster

Scharnhorststr. 100

48151 Muenster, Germany

<http://www.uni-muenster.de/fuchs/en>

Contact

Prof. Doris Fuchs, Ph.D.

Institute for Political Science, University of Muenster

E-Mail: doris.fuchs@uni-muenster.de

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben	2
3	Methodisches Vorgehen	7
4	Empirische Analyse	10
4.1	Politik.....	10
4.2	Wirtschaft.....	15
4.3	Zivilgesellschaft.....	19
5	Fazit.....	25
	Referenzen.....	28

1 Einleitung¹

Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben sind als gesellschaftliche Zielsetzungen derzeit im politischen Diskurs in Deutschland in aller Munde. Keines dieser Leitbilder ist neu. Im Gegenteil: Mit Fragen der Gerechtigkeit und des guten Lebens haben sich DenkerInnen seit Jahrtausenden auseinandergesetzt, und auch Nachhaltigkeit hat als politisches Leitbild zumindest eine fast dreißigjährige Tradition, wenn man nicht sogar bis zur Entwicklung des Begriffs durch von Carlowitz im 18. Jahrhundert zurückgehen will. Dabei sind alle drei Begriffe höchst unterschiedlich definier- und kombinierbar.

Über Begriffe, ihre Begründung und Verknüpfung wird Politik gemacht. Sicherlich ist auch der politische Einfluss materieller Ressourcen und Strukturen nicht zu vernachlässigen. Jedoch sind sich WissenschaftlerInnen einig, dass ideelle Strukturen in der Form von Normen und Werten und ihre Nutzung zur Konstruktion von Akteuren und Interessen Politik ebenfalls beeinflussen (Hajer 1997, West und Loomis 1999). Deshalb sollten uns Bezugnahmen auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben und ihre Verknüpfungen im politischen Diskurs interessieren.

Was wird mit diesen Begriffen und ihren Verknüpfungen transportiert? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Akteuren lassen sich dabei erkennen? Und welchen Einfluss könnten diese Bezugnahmen auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben und die Verbindungen zwischen ihnen haben? Zu diesen Fragen möchte das vorliegende Diskussionspapier auf der Basis einer Inhaltsanalyse relevanter Dokumente erste Einsichten entwickeln. Untersucht wurden Aussagen aus dem engeren politischen Diskurs, speziell der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung und der Bericht der Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität“, sowie Berichte und Erklärungen von wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Sie stellen keinen repräsentativen Ausschnitt des Diskurses dar und erlauben auch keine umfassende Analyse der Standpunkte der Akteure. Aber wir hoffen mit dieser ersten Analyse bereits interessante Teilchen eines größeren Puzzles identifizieren zu können.

Das Diskussionspapier ist wie folgt strukturiert. Der nächste Abschnitt stellt den aktuellen Hintergrund der Bezugnahme auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben im politischen Diskurs in Deutschland und seine konzeptionellen Grundlagen dar. Ihm folgt eine kurze Darstellung des methodischen Vorgehens. Anschließend beschreiben und diskutieren wir die Resultate der empirischen Analyse. Das Schlusskapitel fasst die Untersuchung zusammen und reflektiert ihre politischen und wissenschaftlichen Implikationen.

¹ Das Diskussionspapier baut auch auf Erkenntnissen aus Diskussionen mit Karin Böllert, Alexander Filipovic, Christiane Frantz, Volker Gehrau, Marianne Heimbach-Steins, Judith Köhnemann, Markus Lederer, Ulrike Röttger und Ulrich Willems auf, für die wir sehr dankbar sind.

2 Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben

Nachhaltige Entwicklung ist als gesellschaftliche Herausforderung und Zielsetzung seit dem Bericht der Brundtland Kommission 1987 und dem ersten Erdgipfel in Rio 1992 auf der internationalen politischen Agenda. Vor dem Hintergrund von Klimawandel, *peak oil* und der Energiewende ist der Begriff im aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland omnipräsent. Dabei wird Nachhaltigkeit nicht nur als Ziel für Umwelt- und Entwicklungspolitik genannt, sondern in unterschiedlichsten Politikfeldern und von unterschiedlichsten Akteuren in Programme und Programmatiken integriert. Gleichzeitig wird der Begriff dabei jedoch auf unterschiedlichste Weisen genutzt. Während einige mit Nachhaltigkeit vielleicht Transition Towns, Landwirtschaftskooperativen oder Windräder verbinden, nutzen ihn andere im Kontext von energieeffizienten Waschmaschinen oder „Biosprit“ und verwenden ihn dritte im Kontext von Argumentationen für wirtschaftliche Notwendigkeiten und gegen politische Regulationen (Feist und Fuchs 2014). Aus der Sicht einzelner BeobachterInnen ist die Nutzung des Begriffs der Nachhaltigkeit derart ausgeufert, dass man mit ihm nicht mehr arbeiten sollte. Tatsächlich ist er aber aktuell in allen politischen Arenen in Deutschland eine Realität, an der man nicht vorbeikommt.

Gerechtigkeit wiederum wird schon weitaus länger als Nachhaltigkeit als gesellschaftliche Norm diskutiert. Aber auch der Gerechtigkeitsbegriff ist in den letzten Jahrzehnten insbesondere vor dem Hintergrund der unüberwundenen internationalen Unterschiede im Entwicklungsstand wie auch der vielfach zunehmenden Ungleichheit in der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung auf nationaler Ebene noch einmal deutlicher in den Fokus gesellschaftlichen Interesses und politischer Debatten gerückt. In Deutschland stand er im Zentrum der politischen Kampagnen der SPD, Grünen und Linken bei der letzten Bundestagswahl und spielte auch eine prominente Rolle bei den anderen Parteien. Auch in anderen Industrieländern sind vielfach Gerechtigkeitsfragen zentraler Teil der Kampagnen der erfolgreichen KandidatInnen und Parteien gewesen. In der Wissenschaft ist der Fokus auf Gerechtigkeitsfragen in den letzten Jahren ebenfalls wieder deutlich angestiegen und erscheint in großer Zahl in den Titeln von Publikationen zum Beispiel aus den Bereichen der Politikwissenschaft, Theologie, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Philosophie, Jura, Geographie und Ethnologie.

Während der Begriff des guten Lebens sich lange im Vergleich zu Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit weniger in offiziellen politischen Debatten niederschlug, ist im letzten Jahrzehnt auch mit ihm ein überraschend auffälliger Anstieg in der gesell- und wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu verzeichnen. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: die IG Metall hat eine Kampagne

zum guten Leben gemacht, die Nestle AG hat eine Studie zum Thema „Was bedeutet Lebensqualität“ in Auftrag gegeben und die Heinrich-Böll, Rosa-Luxemburg und Friedrich-Ebert-Stiftungen haben Tagungen und Veröffentlichungen zum guten Leben bzw. Buen Vivir, einem verwandten Konzept aus Südamerika, durchgeführt bzw. herausgegeben. Das gute Leben war in den letzten zwei Jahren unter anderem auf den Titelseiten oder Thema von Sonderbeilagen der Zeit, TAZ, APUZ, Gazette: das politische Kulturmagazin, brand eins und DB mobil und Fokus einer Themenwoche der ARD. Schließlich haben sich auch die Enquête-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestages, die von Nicolas Sarkozy initiierte französische Kommission zur Messung ökonomischer Performanz und sozialen Fortschritts unter der Leitung von Joseph Stiglitz (und unter Mitwirkung von Amartya Sen) oder die britische Sustainable Development Commission mit Fragen des guten Lebens/der Lebensqualität/eines nicht rein materiell definierten Wohlstands beschäftigt. Auch im wissenschaftlichen Bereich sind seit 1998 zahllose Bücher und Aufsätze zum „guten Leben“ erschienen und die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft hat einen Jahrestagungskongress unter dem Titel „Her mit dem guten Leben. Das Versprechen der Demokratie“ durchgeführt. Dieser zunehmende gesellschaftliche Fokus auf Natur und Bedingungen des guten Lebens ist zumindest zum Teil wahrscheinlich einer empfundenen Krisenhaftigkeit aktueller gesellschaftlicher, insbesondere ökonomischer Entwicklungen und einem „allgemein gewachsene[n] Bedürfnis nach Handlungsorientierung seitens der Öffentlichkeit“ zuzuordnen (Fenner 2007, 28, Findl-Ludescher et al. 2012). Als Ursachen dieser Wahrnehmungen und Bedürfnisse rücken dann auch in Wissenschaft und Gesellschaft diskutierte lang-, mittel- und kurzfristige Dynamiken wie Beschleunigung, Pluralität, Finanzialisierung und Präkarisierung in den Fokus (Castel und Dörre 2009, Fuchs et al. 2013, Rosa 2005, Willem 2012).

Wie aber können die drei Konzepte wissenschaftlich gefasst werden und welche Verbindungen werden zwischen ihnen gezogen? Diese Frage ist vor allem vor dem Hintergrund interessant, dass das Rekurrieren auf eine Norm im Kontext der Diskussion einer anderen Norm politische Implikationen hat. Hierbei werden bestimmte Werte in den Vordergrund gestellt und eben nicht andere. Darüber können dann wiederum explizit oder implizit politische Bewertungen und Forderungen entwickelt werden. Insofern ist der politische Diskurs ein ständiges Verhandeln von den Konzepten und Ideen, die als Zielsetzungen angeführt und hervorgehoben werden, bzw. ein Wettbewerb zwischen politischen Akteuren um Deutungshoheit in Bezug auf solche Konzepte und Ideen. Im Kontext dieses Diskussionspapiers heißt das: Das *Framing* von nachhaltiger Entwicklung, Gerechtigkeit und dem guten Leben über Bezugnahmen zwischen diesen Konzepten ist ein Mittel diskursiver Auseinandersetzungen im politischen Prozess.

Dabei bietet es sich eben auch an, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben über Rekurs aufeinander zu definieren, denn die Möglichkeiten der Verbindungen zwischen den Konzepten sind naheliegend. So betont bereits die Brundtland Kommission in ihrer Diskussion des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung Herausforderungen und Verantwortung gegenüber gegenwärtigen und zukünftigen Generationen, welche aus den biophysischen Grenzen der Erde entstehen. Nachhaltigkeit ist in dieser Definition also inhärent mit Gerechtigkeit verknüpft. Gerechtigkeitsaspekte erscheinen entsprechend immer wieder in der Nachhaltigkeitsdebatte, wenn es zum Beispiel um globale Asymmetrien im Ressourcenverbrauch oder um die Verwundbarkeit von Bevölkerungsgruppen durch Umweltverschmutzung oder –zerstörung geht.

Auch Gerechtigkeit ist allerdings wiederum ein Begriff, der auf unterschiedlichste Weisen angewendet und ausgelegt werden kann und wird. So macht es einen großen Unterschied, ob man Verteilungsgerechtigkeit oder Beteiligungsgerechtigkeit als gesellschaftliche Ziele identifiziert, oder ob man zum Beispiel über Prozessgerechtigkeit oder soziale Gerechtigkeit spricht (Heimbach-Steins 2011), ganz zu schweigen von in jedem Bereich dann wieder möglichen Kontroversen hinsichtlich adäquater Indikatoren und ihrer Operationalisierung. Insofern ist der Begriff der Gerechtigkeit ebenfalls ein diskursives Konstrukt, das unterschiedliche Deutungen und strategische Verwendungen ermöglicht und es muss bei Verknüpfungen zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit darauf geachtet werden, welches Konzept von Gerechtigkeit herangezogen wird.

Gleichzeitig verweisen WissenschaftlerInnen zunehmend auf die Verbindung von nachhaltiger Entwicklung zum guten Leben insofern eine nachhaltige Entwicklung Voraussetzung für die Bereitstellung der notwendigen Bedingungen zum Führen eines guten Lebens ist. Ökologische Ressourcen wie sauberes Wasser sind eine Grundvoraussetzung für das Leben schlechthin und Zugang zu einem gewissen Maß und einer gewissen Qualität von Wasser kann darüber hinaus als Voraussetzung für ein gutes Leben definiert werden (Sen 1996). Ebenso kann man in diesem Kontext auch auf die Bedeutung von Luft, Nahrung, Wärme, sozialen Kontakten, Gesundheit, Bildung und einer ganzen Reihe von anderen Aspekten verweisen. Insofern beruht ein Konzept nachhaltiger Entwicklung auch notwendigerweise auf elementaren Annahmen über die Merkmale und Bedingungen des guten Lebens (Di Giulio et al. 2010). Dies zeigt sich auch in Debatten über die Adäquanz unterschiedlicher Indikatoren von Entwicklung, Wohlstand und Lebensqualität. Hier wurde seit Ende des Zweiten Weltkriegs meist auf die Höhe des Pro-Kopf-Einkommens (BIP/Kopf) als zentralem Indikator zurückgegriffen, aufgrund von dessen bekannten Schwächen (van Dieren 1995) aber in den letzten Jahrzehnten eine ganze Reihe alternativer Ansätze und Indikatoren entwickelt wurde. Ein besonders prominentes Beispiel derartiger Ansätze ist der Fähigkeiten-Ansatz, welcher sich aus den Arbeiten von Martha Nussbaum und Amartya Sen ableitet

(Nussbaum 1992; Sen 1999)². Neben solchen auf Fähigkeiten und Needs fokussierenden Ansätzen, bestehen aber auch eine ganze Reihe von Alternativen, wie zum Beispiel Forschungsansätze zu well-being und happiness, welche die Suche nach Indikatoren gesellschaftlicher Entwicklung fortführen (Frey 2008).

Was ein gutes Leben ausmacht, ist in diesen Debatten und zwischen Forschungssträngen wiederum selbst divers und zum Teil kontrovers. Aus theoretischer Perspektive kann man nicht nur zwischen hedonistischen, wunsch- und zieltheoretischen, und gütertheoretischen Verständnissen des guten Lebens unterscheiden, sondern auch innerhalb dieser Gruppierungen existieren diverse konzeptionelle Varianten (Fenner 2007). In diesem Zusammenhang können Konzepte des guten Lebens auf die diversesten Aspekte Bezug nehmen. Sie reichen von Vernunft und Kontemplation, Tugendhaftigkeit und moralischen Grenzen, gesellschaftlicher Partizipation oder dem Streben nach Perfektion der eigenen Fähigkeiten, über Fragen der Bildung und Gesundheit. Kontroversen existieren insbesondere auch hinsichtlich Fragen der Autonomie, der Rolle von Natur und Technik, oder der Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft.

Wie aus dem eben gesagten schon deutlich wurde, können auch Verbindungen zwischen Konzepten der Gerechtigkeit und des guten Lebens hergestellt werden. Platon zufolge kann nur ein gerechtes Leben ein gutes Leben sein. Zu unterscheiden ist also zwischen einer vertikalen Perspektive (das individuelle Streben nach einem guten Leben) und einer horizontalen Perspektive (Implikationen individuellen Handelns für die Gemeinschaft) auf das gute Leben (Habermas 1999). In diesem Kontext ist beachtenswert, dass die Frage nach dem guten Leben in der Philosophie seit dem 18. Jahrhundert zunehmend einer Subjektivierung im Sinn einer Trennung von Glück und Moral unterlag, deren Notwendigkeit allerdings insbesondere von neueren philosophischen Strömungen in Frage gestellt wird (Fineman 2004). Insofern gelangen Verknüpfungen zwischen Gerechtigkeit und gutem Leben zunehmend wieder in den Fokus politischer und gesellschaftlicher Debatten. Dies ist auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Beachtung der biophysischen Grenzen unserer Umwelt bzw. der Erde naheliegend, da vor dem Hintergrund ihrer Existenz ein sehr großer Ressourcenverbrauch durch Teile der Bevölkerung mit der Verhinderung der Bedingungen eines guten Lebens bei anderen Teilen der Bevölkerung verbunden werden kann.

² Er betrachtet dezidiert den Menschen und seine capabilities als das zentrale Ziel gesellschaftlicher Entwicklung und berücksichtigt über die Frage der menschlichen Fähigkeiten eine Reihe von Bedingungen eines guten Lebens (zu den Unterschieden zwischen Nussbaum und Sen siehe {Robeyns 2005 #1149}). Dabei adressiert er soziale, politische, ökonomische und kulturelle Dimensionen und unterscheidet zwischen Mitteln und Zielen und wurde in der Politik wurde die Capabilities-Perspektive als Grundlage für den Human Development Index (HDI) verwendet (Anand und Sen 1994).

Diese Verbindungen zeigen sich entsprechend auch gerade in Debatten zum nachhaltigen Konsum, die darüber hinaus besonders gut verdeutlichen wie unterschiedlich Verknüpfungen von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und dem guten Leben ausfallen können. Während konsum- und technikaffine Konzepte eines guten Lebens dazu tendieren, Nachhaltigkeit vor allem über Effizienzsteigerungen erreichen zu wollen, verknüpfen andere WissenschaftlerInnen Argumentationen für eine Notwendigkeit von Reduktionen des allgemeinen Konsumniveaus mit Verweisen auf den Beitrag eines einfachen Lebens zum guten Leben, wie auch mit Verweisen auf globale (und zunehmend auch nationale) Asymmetrien im Ressourcenverbrauch. Aus kritischer Sicht auf den Nachhaltigkeitsdiskurs ist heute der Technik- und Effizienzglaube leicht zu hinterfragen.³ Gleichzeitig kann jedoch auch – trotz der in die Antike zurückreichenden Tradition – eine zu simple Verknüpfung von Einfachheit mit gutem Leben im Sinne einer „double dividend“, d.h. der Annahme dass eine Reduzierung des Konsums automatisch zu einem glücklicheren Leben führt, kritisiert werden (Fuchs 2013, Jackson 2005). Das heißt jedoch nicht, dass die Verknüpfung von Nachhaltigkeit, gutem Leben und Gerechtigkeit als solches im Konsumkontext nicht sinnvoll ist, wie Arbeiten zu nachhaltigen Konsum Korridoren zeigen (Di Giulio und Fuchs 2014).

Ähnlich kann man zwischen Nachhaltigkeitskonzepten, die auf Marktprinzipien, Wettbewerb und vor allem das Wachstumsparadigma als Lösung der ökologischen und sozialen Herausforderungen setzen (z.B. green economy) von solchen unterscheiden, die Ökonomisierungs- und Monetarisierungsstrategien kritisch gegenüber stehen und die Notwendigkeit von sozialer Gerechtigkeit und degrowth propagieren (Lorek und Fuchs 2011). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in den vergangenen Jahrzehnten die Idee nachhaltiger Entwicklung, zum Teil durch die strategische Partizipation unternehmerischer Akteure am Diskurs über selbige, überwiegend in einer Weise geformt wurde, die Marktprinzipien und dem Wachstumsparadigma entspricht ({Bernstein 2002 #1112}, {Fuchs 2007 #89}, {Graf Im Erscheinen #1182}). Erst in den letzten Jahren ist der Gegendiskurs hierzu größer und sichtbarer geworden.

Beispiele wie diese zeigen, dass Konzepte der Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und des guten Lebens unterschiedlich definiert und leicht, aber gleichzeitig ebenfalls auf sehr unterschiedliche Weise miteinander verknüpft werden können. Insofern ist es sinnvoll, derartige Verknüpfungen im aktuellen Diskurs zu identifizieren und hinsichtlich ihres Gehalts und ihrer Implikationen zu analysieren. Im Folgenden ist eine erste entsprechende Analyse für Auszüge aus dem politischen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs durchgeführt worden.

³ Siehe auch die umfangreiche Literatur und Debatte zum Rebound-Effekt.

3 Methodisches Vorgehen

Mithilfe einer qualitativen, inhaltsanalytischen Untersuchung sollen Bedeutungszuschreibungen und Verknüpfungen der Konzepte Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und des guten Lebens im öffentlichen Diskurs aufgezeigt werden. Hierbei zielt die Inhaltsanalyse darauf ab, „die tiefenstrukturelle Fixierung spezifischer Artikulationsmuster [aufzudecken], um darin die Normen im Nachhaltigkeitsdiskurs der Akteure zu identifizieren“ (Graf, im Erscheinen). Die Fallauswahl stellt eine Ad-hoc Auswahl verschiedener Akteure und entsprechender Dokumente aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft dar. Da es sich um eine erste Analyse handelt, liegt der Fokus nicht auf der Repräsentativität des Textkorpus für die öffentliche Debatte. Vielmehr steht dagegen die Berücksichtigung unterschiedlicher Akteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, denen die Literatur zur Governance im Bereich der Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle zuspricht (Fuchs 2005), im Vordergrund.

Der politische Diskurs wird durch den Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode des deutschen Bundestages sowie den Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ abgebildet.⁴ Im Wirtschaftsbereich werden die Jahresberichte aus dem Jahr 2013 der großen deutschen Konzerne BMW, BASF, Commerzbank und Telekom zu Illustrationszwecken herangezogen und stehen somit für die Automobilindustrie, die Chemieindustrie, den Finanzsektor und den Telekommunikationsbereich. Stellvertretend für die zivilgesellschaftlichen Akteure werden der Jahresbericht des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie Schlüsseldokumente der Gewerkschaften ver.di und IG Metall und die Jahresberichte des Jahres 2013 der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) sowie der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) untersucht. Diese Verträge und Berichte „bilden das Akteurshandeln ab und adressieren zugleich die Öffentlichkeit“ (Graf, im Erscheinen). Die untenstehende Tabelle listet die untersuchten Dokumente auf.

Die Inhaltsanalyse orientiert sich weitestgehend an Mayring (2000), erfolgte jedoch mit einem teils offenen Verfahren. Da unsere Untersuchung ein vorgegebenes Forschungsinteresse hinsichtlich der genannten Begriffstrias verfolgt, kam ein rein induktives Vorgehen nicht in Frage. So wurden im Sinne Diekmanns (2010) auf Basis der obigen konzeptionellen Diskussion zunächst theoretisch hergeleitete Sinneinheiten zu den Anfangskategorien Nachhaltigkeit, Gutes Leben

⁴ Während in der Kommission auch VertreterInnen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind, werten wir den Kommissionsbericht auch als Beispiel des politischen Diskurses insofern Mitglieder der Kommission von den Parteien berufen wurden und der Bericht das Ergebnis eines entsprechenden Verhandlungsprozesses ist. Auch der Koalitionsvertrag ist natürlich eine besondere Art von politischem Dokument. Für eine repräsentative Untersuchung des Diskurses der Politik wären entsprechend weitere Dokumente heranzuziehen.

und Gerechtigkeit identifiziert, ohne dass diese als starre Bezugspunkte festgeschrieben würden (Diekmann 2010; Gläser und Laudel 2010, S. 193). Zu diesen Sinneinheiten, die als Anfangscodes genutzt wurden, gehören entsprechend die Ausgangskategorien Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben. Unter Nachhaltigkeit fallen hier zum Beispiel konkrete Aspekte wie der Klimawandel, die Energiewende, Umwelt(-zerstörung), Elektromobilität oder (Post-)Wachstum. In Bezug auf Gerechtigkeit stehen strukturelle, politische, ökonomische und gesamtgesellschaftliche Perspektiven aus den Bereichen Arbeit, Bildung, Gender oder Gesundheit im Vordergrund. Interessant für den Bereich des guten Lebens sind Aspekte der individuellen Voraussetzungen um ein solches führen zu können. Auch hier sind neben moralischen Grenzen, Aspekte wie Partizipation, Bildung und Gesundheit relevant. Auf Grundlage eines einfachen Text-Retrievals mithilfe des Textanalyseprogramms MaxQDA wurden diese Codes dann im Laufe der Analyse am Text weiter entwickelt und spezifiziert.

Tabelle 1: Textkorpus der Inhaltsanalyse

	Verfasser	Titel	Jahr
Politik	CDU, CSU, SPD	Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD	2013
	Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“	Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft	2013
Wirtschaft	Commerzbank	Geschäftsbericht 2013 – Die nächsten Schritte	2013
	Deutsche Telekom	Anatomie der digitalen Zukunft. Das Geschäftsjahr 2013.	2013
	BASF	BASF Bericht 2013. Ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Leistung.	2013
	BMW	Geschäftsbericht 2013	2013
Zivil- gesellschaft	BUND	Der BUND. Jahresbericht 2013.	2013
	Friedrich-Ebert-Stiftung	Jahresbericht 2013. Perspektiven 2014.	2013

	Heinrich-Böll-Stiftung	Jahresbericht 2013	2013
	Konrad-Adenauer-Stiftung	Zeitenwenden. Die Tagesordnung der Zukunft. Jahresbericht 2013. Einblicke 2014.	2013
	Detlef Wetzel, Vorsitzender der IG Metall	Grundsatzreferat 6. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall vom 24. bis 25. November 2013 in Frankfurt „Kurswechsel – Ge- meinsam für ein Gutes Leben“	2013
	ver.di	Themenbereiche von der Internetprä- senz	2013

4 Empirische Analyse

4.1 Politik

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist ein zentraler Begriff im politischen Diskurs der Bundesregierung. Schon in der Präambel des Koalitionsvertrages heißt es, dass „globale Ungleichgewichte, Klimawandel und der Verbrauch knapper Ressourcen [...] ein neues, nachhaltiges Wohlstandsmodell“ erforderten (KV 2013, 7). Die „Förderung einer nachhaltigen Entwicklung [sei] grundlegendes Ziel und Maßstab des Regierungshandelns“ (ebd., 118), auch international (ebd., 11-12). Dabei wird Nachhaltigkeit entsprechend des traditionellen Dreisäulenmodells mit ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen verbunden. So werden die positiven Auswirkungen der Energiewende für alle drei Bereiche betont: „Sie schützt Umwelt und Klima, macht uns unabhängiger von Importen, sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland“ (KV 2013, 49). Hier zeigt sich die Verbindung von ökologischen (z.B. Klima), wirtschaftlichen (z.B. Standortvorteile) und sozialen Bereichen (z.B. Arbeit und Wohlstand).

In ökologischer Hinsicht dominieren Referenzen zur Klima- und Rohstoffpolitik. Hier erscheint insbesondere die gerade schon angesprochene Energiewende als zentrales Projekt: „Die Energiewende ist ein richtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg in eine Industriegesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet ist. (KV 2013, 49).“

Diese wiederum ist dann auch inhärent mit der eigentlichen Schwerpunktsetzung der Nachhaltigkeitsreferenzen im Koalitionsvertrag verbunden. Trotz der oben angesprochenen Hinweise auf die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit dominiert nämlich ein wirtschaftlicher Fokus. Dessen Charakter wiederum wird über Referenzen zu Effizienz, Wachstum und technologische Innovation konstituiert: So sei „Effizienz“ (Senkung des Energieverbrauchs) als wichtige Säule einer nachhaltigen Energiewende von großer Bedeutung (ebd., 51): „Ressourceneffizienz ist aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen unabdingbar“ (ebd., 118). Nachhaltigkeit und Wachstum werden im Koalitionsvertrag immer zusammen gedacht und wiederum eng mit Fragen von Innovation und Investitionen verbunden. Innovative Forschung sei insbesondere im Kontext von konventionellen und alternativen Antrieben und Kraftstoffen wichtig (KV 2013, 44). Hier werde „die technologieoffene Entwicklung neuer Antriebe und Kraftstoffe bzw. Energieträger“ unterstützt. Dazu gehöre vor allem die Elektromobilität als nachhaltige Transportmöglichkeit (ebd., 40-42). Weiter heißt es, dass wissenschaftliche Ergebnisse „zügig in Form von innovativen und marktfähigen Produkten verwertet werden“ (ebd., 34) müssten, was noch einmal die

marktwirtschaftliche Ausrichtung des Vertrages betont. Generell kommt der Stärkung der deutschen Wirtschaft eine zentrale Rolle zu, was in der aus vier Hauptpunkten bestehenden Strategie für nachhaltigen Fortschritt deutlich wird: Innovation (Neue Produkte, Verfahren und Beschäftigungen, Schwerpunkt auf Forschungsinvestitionen), Investitionen (Bezahlbare Energieversorgung für die Wirtschaft und nachhaltige Modernisierung der Infrastruktur), Integration in gute und produktive Arbeit (qualifizierte Fachkräftebasis, gute Arbeit und Maßnahmen im Kontext des demographischen Wandels), sowie Internationalisierung (Ausbau der Exportleistung, Stärkung der Binnenwirtschaft) (ebd., 13-14). Wie hierbei deutlich wird, werden auch soziale Aspekte der Nachhaltigkeit, wie Arbeit und Bildung, eng auf deren ökonomische Dimension fokussiert. Es geht darum qualifizierte Fachkräfte bereitzustellen und über den Ausbau von Bildung und Forschung im Nachhaltigkeitsbereich Innovation und die Entwicklung schnell marktfähiger Produkte zu fördern. Ganz im Sinne der wirtschaftlichen Schwerpunktsetzung der Nachhaltigkeitsreferenzen im Koalitionsvertrag kommt auch den wirtschaftlichen Akteuren eine wichtige Rolle in der Nachhaltigkeitsförderung zu. Es sei im Sinne der Unternehmen nachhaltig zu wirtschaften, daher umfasst das „Leitbild des verantwortlichen Unternehmertums [...] freiwillig und aus eigenem Interesse gesellschaftliche Verantwortung für soziale, kulturelle und ökologische Belange zu übernehmen“ (ebd., 16).

Auch die Enquete Kommission spricht die ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimensionen der Nachhaltigkeit an und bekräftigt, dass „trotz steigenden Wohlstands für die Weltbevölkerung [...] insgesamt der Druck menschlicher Aktivitäten auf den Planeten abnehmen [müsste]“ (EK 2013, 20). Hier wird die ökologische Dimension aber insofern priorisiert, als dass „die ökologischen Grenzen der Umweltbelastung der Erde die Grenzen unseres Handelns bestimmen“ sollten (ebd., 25). Hierfür fordert die Kommission ein umfassendes Wohlstandsverständnis, bei dem „neben dem materiellen Wohlstand auch soziale und ökologische Dimensionen von Wohlstand“ (EK 2013, 20) abgebildet werden.

In ökonomischer Hinsicht hinterfragt die Kommission das „Wachstumsparadigma“ (EK 2013, 20), insbesondere in Anbetracht von „Rebound-Effekten“ bei Effizienzgewinnen (ebd., 25). Auch in dieser Hinsicht sei es wichtig, dass neben der Dimension „[m]aterieller Wohlstand“ auch die Wohlstands-Dimensionen „Soziales/Teilhabe“ und „Ökologie“ in den Blick genommen werden (ebd., 28). Ebenso wird hinterfragt, inwieweit über einfache Veränderungen des Konsumverhaltens Nachhaltigkeit verfolgt werden kann, wobei die Projektgruppe davon ausgeht, dass „bewusster Konsum Nachhaltigkeit befördern kann – allerdings nur in Grenzen“ (ebd., 27).

Entsprechend wird hinsichtlich verfügbarer Lösungsstrategien der Politik eine größere Rolle zu gesprochen und werden die von dieser Politik zu beeinflussenden Aspekte weit gefasst. Ziel müs-

se sowohl eine „umsichtig gestaltete Ordnungspolitik“ als auch eine umfassende Perspektive auf den Einfluss von „Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile“ (ebd., 23) sein. Dazu schlägt die Enquête-Kommission einen politischen Instrumentenmix „aus ordnungsrechtlichen Vorgaben, Grenzwerten, fiskalische Abgaben wie auch Selbstverpflichtungen vor“ (ebd., 27).

Gerechtigkeit

Auch Gerechtigkeit ist ein zentraler Begriff im Koalitionsvertrag und wird hinsichtlich unterschiedlicher Facetten sowie hinsichtlich jetziger und künftiger Generationen behandelt. So wird zum einen die ökonomische Dimension thematisiert, insofern nicht alle Menschen in Deutschland an der „positiven Entwicklung“ der letzten Jahre hätten teilhaben können (KV 2013, 7). Dabei wird die aktuelle Situation zwar kritisch gesehen, die Richtung der Entwicklung hinsichtlich der Einkommensschere jedoch grundsätzlich positiv eingeschätzt: „Mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und Einkommen, die nicht zum Leben reichen, mit der sich nur langsam schließenden Schere der Einkommensungleichheiten sowie mit der großen Zahl von Familien und älteren Menschen, die nicht ohne Grundsicherung auskommen, finden wir uns nicht ab“ (ebd., 7). Im Kontext der EU sind vor allem Maßnahmen gegen (Jugend-)Arbeitslosigkeit und für mehr Wachstum vorgesehen (KV 2013, 159-160).

Neben der ökonomischen Dimension von Gerechtigkeit wird diese auch im Hinblick auf Teilhabe und Bildung angesprochen (KV 2013, 9). Laut Koalitionsvertrag soll Deutschland zu einem modernen Staat mit lebendiger Demokratie und vielfältigen Formen der BürgerInnenbeteiligung werden (KV 2013, 150). Dabei wird insbesondere auf die „soziale Marktwirtschaft“ gesetzt, die als wesentlicher Teil einer freiheitlichen, offenen und solidarischen Gesellschaft gesehen wird und laut Koalitionsvertrag gestärkt werden solle (KV 2013, 8). Die damit in Verbindung gesetzten Prinzipien für faire Chancen, gute Arbeit, faire Bezahlung sowie eine gute Zukunft sollen entsprechend in Europa und darüber hinaus verankert werden (KV 2013, 8-9). Bildung wird dabei ein Schlüsselbegriff: „Bildung, Wissenschaft und Forschung sind Kernanliegen der Koalition. Sie sind die Grundlage um Teilhabe, Integration und Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen und unseren Wohlstand auch für künftige Generationen zu erhalten“ (KV 2013, 9, siehe auch EK 2013, 84).

Auch im Hinblick auf Geschlecht und Sexualität werden Gerechtigkeitsaspekte angesprochen. So stehen Maßnahmen bezüglich der Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Erziehung, Betreuung und Bildung (ebd., 97), sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen (ebd., 102) im Koalitionsvertrag. Sexuelle Identität solle respektiert, Lebenspartnerschaften und Regenbogenfamilien anerkannt werden. So ist es erklärtes Ziel, „bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen

Lebenspartnerschaften und von Menschen auf Grund ihrer sexuellen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen“ zu beenden (ebd., 105).

Auch die Enquete-Kommission behandelt diese verschiedenen Facetten der Gerechtigkeit und stellt sie in intra- und intergenerationelle Zusammenhänge. Sie betont insbesondere die „mangelnde [...] Generationengerechtigkeit“ (EK 2013, 23), sowohl was die derzeitige Situation am Finanzmarkt (EK 2013, 30) als auch die „Lösung ökologischer Herausforderungen“ (ebd., 23) angehe. Hinsichtlich ökonomischer Facetten der Gerechtigkeit legt sie einen besonderen Fokus auf die „Verbesserung der Einkommenssituation für Haushalte und Sozialversicherungen“ (EK 2013, 26). Dabei wird auch das Thema einer „Umverteilung“ angesprochen, wenn auch deren konkrete Aspekte noch politisch auszuhandeln seien (ebd., 37). Auch die Enquete-Kommission unterstützt in diesem Zusammenhang die soziale Marktwirtschaft und sieht Gerechtigkeitsfragen im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe (ebd., 9; EK 2013, 28) als zentral.

Das gute Leben

Sowohl im Koalitionsvertrag als auch im Abschlussbericht der Enquete-Kommission nimmt schließlich auch das gute Leben eine prominente Stellung ein. So heißt es im Koalitionsvertrag, dass dafür gesorgt werden soll, „dass alle Menschen in Deutschland [...] ein gutes Leben führen können“ (KV 2013, 7). Der Vertrag betont dabei auch ein sehr umfassendes Verständnis vom guten Leben. So dürften Wohlstand und das gute Leben nicht nur rein materiell verstanden werden: „Fortschritt, Lebensqualität und Wohlstand haben viele Facetten – gute Arbeit, ein gutes Einkommen, Gesundheit aber auch immaterielle Werte wie Familie, Freunde und Freiheit“ (KV 2013, 14). Als Grundlage für die Ermöglichung dieser Ziele setzt der Koalitionsvertrag (nachhaltiges) Wachstum und am Markt ausgerichtete Innovation und Forschung (2013, 13-14) für gute Arbeit und Wohlstand (KV 2013, 10) voraus.

Auch der Schlussbericht der Kommission weist ein umfassendes Verständnis vom guten Leben auf. Neben den oben genannten Aspekten wird hier noch besonders auf „Bildung“, „ökologische Nachhaltigkeit“ und „Artenvielfalt“ als Leitindikatoren verwiesen (EK 2013, 28). Darüber hinaus werden diese Überlegungen etwas ausführlicher begründet. So sei ein umfassendes Verständnis vom guten Leben wichtig, da sich „in Gesellschaften mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen [...] Zufriedenheit und materieller Wohlstand ab einem gewissen Schwellenwert entkoppel[e]“. Wohlstand in einem ganzheitlichen Sinn bedeutet für Menschen eben weit mehr als immer mehr materieller Wohlstand“ (ebd., 20). Die Kommission betont darüber hinaus die politische Dimension (der Ermöglichung) eines guten Lebens, da es "ohne die Erweiterung der Demokratie in allen Bereichen und den Aufbau einer wirksamen Governance – national, europäisch und global

– [...] keine sozial-ökologische Marktwirtschaft und damit auch kein gutes Leben geben“ werde (EK 2013, 109). Insofern werden hier auch Anforderungen an die Politik formuliert.

Die Enquete-Kommission legt ihren Überlegungen die Frage zu Grunde, wie ein normatives Konzept von Wohlstand „für die Verwirklichung eines individuell guten, gelingenden Lebens“ aussehen könnte (ebd., 25). Gleichzeitig verweist sie jedoch auch in ihrem Bericht, „der generell darauf ausgerichtet ist, Regelungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ (EK 2013, 23) aufzuzeigen, darauf, dass die Erreichung dieser Ziele durchaus problematisch sei: „Aus heutiger Perspektive ist es keineswegs sicher, dass es den Gesellschaften auf diesem Planeten gelingen wird, universellen Wohlstand [und] ein gutes Leben von neun Milliarden Menschen auf dieser einen Erde zu ermöglichen“ (EK 2013, 20). Insofern scheint auch hier ein kritischerer Ansatz durch, der über die oben angesprochene Hinterfragung des Wachstumsparadigmas hinausgeht.

Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und ein gutes Leben im Diskurs der Politik

Bei substanziellen Überschneidungen zwischen dem Koalitionsvertrag und dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission hinsichtlich der Verständnisse von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und dem guten Leben lassen sich also auch deutliche Unterschiede erkennen. Während die Bundesregierung hinsichtlich der Verfolgung der drei Ziele auf innovations- und effizienzgetriebenes Wirtschaftswachstum und weitgehende Selbstregulierung setzt, betont die Enquete-Kommission die Notwendigkeit, das Wachstumsparadigma als solches zu überdenken sowie von politischem Engagement in der Verfolgung der Ziele und thematisiert auch Fragen der Umverteilung sowie Zweifel an dem Erreichen der Ziele.

Verbindungen zwischen Nachhaltigkeit und dem guten Leben werden in beiden Papieren über die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit hergestellt, sowie vor allem über den Verweis auf neue Modelle und Indikatoren von Wohlstand, was ja auch ein wesentlicher Auftrag der Enquete-Kommission war. Hier werden auch Aspekte der Teilhabe wie auch generell immaterielle Faktoren wichtig.

Auch zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit werden in beiden Papieren Beziehungen hergestellt, insbesondere über die Betonung der Notwendigkeit intergenerationaler Gerechtigkeit. Im Bereich einer nachhaltigen Finanzwirtschaft stimmen beide Papiere überein, dass dort – insbesondere in Anbetracht intergenerationaler Gerechtigkeit – bessere Regulierung notwendig sei.

Eng verwoben mit den Zielsetzungen von Gerechtigkeit sind schließlich in beiden Fällen Fragen nach dem guten Leben. Insgesamt wird Gerechtigkeit als die Schaffung von Rahmenbedingungen aufgefasst, die es Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen sowie zukünftigen Generatio-

nen ermöglichen sollen, ein Leben in Wohlstand also in dem Sinne auch ein gutes Leben zu führen. Bildung und Teilhabe sind hier zentrale Aspekte. Im Koalitionsvertrag scheint im Gegensatz zur Enquête-Kommission die marktgesteuerte Komponente stärker durch, wohingegen die Enquête-Kommission Wachstum höchstens als Mittel zum Zweck sieht und auch die Zuverlässigkeit von Wachstum als Instrument zur Förderung von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und gutem Leben in Frage stellt.

4.2 Wirtschaft

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist in allen Unternehmensberichten ein Thema, das mehr oder weniger umfangreich aufgegriffen und im Sinne des klassischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeitsverständnisses jedoch ganz unterschiedlich gewichtet und betont wird. So spricht BMW von „völlig neue[n] Wegen bei der Industrialisierung des Automobils und der Anwendung neuer und besonders nachhaltiger Produktionsverfahren“ (BMW 2014, 16), betont dabei aber dass „das Ziel der Unternehmenswertsteigerung im Mittelpunkt“ stehe (ebd., 20) und impliziert dabei die Wichtigkeit von Effizienzsteigerungen, Abfallminimierung und Wertschöpfungskette (ebd., 44-45) sowie der Förderung und Qualifizierung von MitarbeiterInnen (ebd., 17). Obwohl Nachhaltigkeit gleichzeitig „als umfassender Anspruch, der alle Bereiche des Unternehmens einbezieht“ (ebd., 155), verstanden wird, ist sie damit gleichzeitig nur zweitrangig oder höchstens in einem sehr eingeschränkten Verständnis vorrangig.

Expliziter ist da BASF, wo der Unternehmensbericht in Form eines Nachhaltigkeitsberichts verfasst ist. Das Unternehmen möchte „wirtschaftlichen Erfolg mit dem Schutz der Umwelt und gesellschaftlicher Verantwortung“ verbinden (BASF 2014, V). Bei BASF wird die intergenerationale Verschränkung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten am deutlichsten formuliert. So betont die BASF ihre Verantwortung für die Zukunft der Menschheit: „Im Jahr 2050 werden rund neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Die Weltbevölkerung und ihre Ansprüche wachsen, die Ressourcen unseres Planeten sind jedoch begrenzt. In dem Anstieg der Weltbevölkerung sehen wir zum einen große globale Herausforderungen, zum anderen viele Chancen, insbesondere für die Chemieindustrie“ (ebd., 21). Dabei wird Nachhaltigkeit als „wesentliche[r] Wachstumstreiber“ als strategisch und organisatorisch im Unternehmen verankert dargestellt (ebd., 27).

Auch die Commerzbank betont, dass es wichtig für ein Unternehmen sei zu überlegen, „wann immer seine geschäftlichen Tätigkeiten Auswirkungen auf Gesellschaft, Mitarbeiter, Umwelt oder

das wirtschaftliche Umfeld haben“ (Commerzbank 2014, 25). Aktivitäten umfassen hier vor allem das Engagement bei der Finanzierung von erneuerbaren Energien durch das „Center of Competence Renewable Energies“ (ebd., 44) oder konzerninterne Klimaziele wie die Einsparung von konzernweiten CO₂-Emissionen durch Nutzung von 100% Ökostrom seit Anfang 2013 (ebd., 46). Neben diesen Klimazielen wird auf gesellschaftliches Engagement und Verantwortung im Kontext von Stiftungs- und Spendentätigkeiten im Bereich Bildung, Freiwilligenarbeit der MitarbeiterInnen und Naturschutz verwiesen (ebd., 46).

Der Bericht der Telekom weist die Besonderheit auf, dass alle eingebetteten Nachhaltigkeitsaspekte mit einem besonderen Symbol am Seitenrand gekennzeichnet sind und dadurch noch einmal hervorgehoben werden. Konzernweit werde eine nachhaltige Geschäftsentwicklung angestrebt: „Wir leben Verantwortung, das heißt, wir stellen uns den gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen und engagieren uns für Umwelt und Gesellschaft. Dazu gehören auch der Klimaschutz und eine nachhaltige Lieferkette“ (Telekom 2014, 12). Darüber hinaus sei die Telekom „nicht irgendein Unternehmen, das die Gesellschaft mit Infrastruktur versorgt. Das Leben von Menschen nachhaltig zu vereinfachen und zu bereichern – das ist unser Auftrag“ (ebd.). Die Telekom sei dabei eine „Lebensader“, die diese neuen Komplexitäten mit Daten versorge, als „Herz“, „Kopf“ und „Rückgrat“ einer digitalen Gesellschaft (ebd., VI).

Gerechtigkeit

Auch Gerechtigkeit wird in allen Unternehmensberichten thematisiert. Allerdings in dem eingeschränkten Verständnis von Gleichstellung der Geschlechter und Diversity-Management im Unternehmen, sowie in diesem Zusammenhang auch mit Weiterbildungsprogrammen und Förderung der MitarbeiterInnen. BMW betont, dass der Frauenanteil in der Gesamtbelegschaft bei BMW 17,4% betrage und wächst: „in Führungspositionen stieg der Frauenanteil in der BMW Group deutlich auf 13,8%“ (BMW 2014, 42-43). Umfassende Trainings- und Förderprogramme seien eingeführt worden, um den gesetzten Korridor von 15-17% an Frauen in Führungspositionen bis zum Jahr 2020 zu erreichen: „Menschen machen unsere Zukunft – Vielfalt macht uns stark. Als attraktiver Arbeitgeber gehört es zu unserem Selbstverständnis, fortlaufend in die Qualifikation unserer Mitarbeiter zu investieren“ (ebd., 17). Auch die Commerzbank thematisiert die Frage der Frauenquote. So solle die Frauenquote von mind. 30% im Aufsichtsrat beibehalten werden (Commerzbank 2014, 27). Auch BASF betont die Rolle von Vielfalt in seinem Bemühen das „beste Team“ bereitstellen zu können (BASF 2014, 41). Der Frauenanteil in Führungspositionen liege bei BASF weltweit bei 18,5% (ebd., 41), in Deutschland solle der Anteil von 9,8% (2010) bis 2020 auf 15% erhöht werden. Auch die Telekom spricht Investitionen in Diversity

sowie die Rekrutierung von Frauen an (Telekom 2014, 124). Diversity spielt eine besondere Rolle in ihrem Verständnis als weltweit agierendem Unternehmen, das „gelebte Vielfalt als Voraussetzung für mehr Innovation und mehr Kundenorientierung und als Treiber des Wandels unserer Unternehmenskultur hin zu einem offenen und flexiblen Unternehmen“ verstehe (ebd., 124).

Das gute Leben

Das gute Leben wird in allen untersuchten Unternehmensberichten nur implizit angesprochen. Bei BMW spielt es so gut wie keine Rolle, höchstens bei generellen Hinweisen zu Bemühungen um MitarbeiterInnen (BMW 2014, 17) oder dem Verweis auf KundInnen-Zufriedenheit. So waren zum Beispiel „die Erwartungen und Bedürfnisse der Kunden in Bezug auf elektrisches Fahren [...] Gegenstand vertiefter Beratung im Aufsichtsrat“ (ebd., 7). KundInnen-Zufriedenheit ist auch bei der Commerzbank Thema, wo „[das] Geschäftsmodell an den Bedürfnissen [der] Kunden und der Realwirtschaft [ausgerichtet wird]“ (Commerzbank 2014, III.). Darüber hinaus sei man bemüht, die Karrieremöglichkeiten von MitarbeiterInnen auszubauen: die „Commerzbank [bietet] leistungsorientierte Vergütungsmodelle, überdurchschnittliche Sozial- und Zusatzleistungen und eine Unternehmenskultur, die den kollegialen Umgang mit und zwischen den Mitarbeitern in den Mittelpunkt stellt“ (ebd., 46) bei gleichzeitigem Stellenabbau und Wahrung eines „reibungslosen und professionellen Geschäftsbetriebs der Bank“ (ebd.), ein Widerspruch, der allerdings auch nicht weiter ausgeführt wird. Bei der Telekom erscheint das gute Leben über Hinweise auf Fragen der Gesundheit, so sei systematisch in Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten im Unternehmen investiert worden, zum Beispiel in Seminare zur Stressbewältigung oder der Gesundheitsförderung (Telekom 2014, 122). Dabei sollten Führungskräfte eine „Rolle als Vorbilder für gesundheitsförderliches Verhalten“ einnehmen und „[i]m direkten Kontakt mit ihren Teammitgliedern [...] ihre Fürsorgepflicht wahrnehmen, gesundes Verhalten vorleben und Orientierung geben“ (ebd., 122). Auch bei BASF wird das gute Leben implizit über die Arbeitsumwelt der MitarbeiterInnen thematisiert: Für das „beste Team“ biete man „hervorragende Arbeitsbedingungen und eine offene Führungskultur, die gegenseitiges Vertrauen, Respekt und hohe Leistungsbereitschaft fördert“ (BASF 2014, 22). Dazu gehörten auch lebenslanges Lernen und Weiterbildung (ebd., 40), sowie ein ausgewogenes Work-Life-Management (ebd., 42).

Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und ein gutes Leben im Diskurs der Wirtschaft

Aspekte der Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und des guten Lebens werden also in allen Unternehmensberichten thematisiert, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß oder unterschiedlich explizit. Nachhaltigkeit ist dabei ein zentralerer Begriff. Alle Unternehmen benennen Nachhaltigkeit explizit als relevant für das Unternehmen. Bei den meisten wird sie eng in Zusammenhang mit

der Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens gestellt, vor allem bei BASF aber auch hinsichtlich umfassenderer Unternehmensverantwortung angesprochen. Gerechtigkeit ist in eher eingeschränkter Form ein Thema, nämlich vor allem hinsichtlich der Zusammenstellung der Belegschaft. Hier werden, wahrscheinlich nicht überraschenderweise, breitere Gerechtigkeitsherausforderungen der Gesellschaft, nicht thematisiert. Das gute Leben schließlich erscheint in erster Linie implizit, über Ausführungen zu Unternehmensbemühungen hinsichtlich der Arbeitsumwelten (inklusive der Work-Life Balance) der MitarbeiterInnen sowie der Befriedigung von Bedürfnissen der KundInnen. Auch hier wird die Diskussion also wiederum eng hinsichtlich der Unternehmensaktivität geführt und die Rolle der Unternehmen in der Ermöglichung eines guten Lebens über die Bereitstellung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie Produkten und Dienstleistungen definiert.

Verbindungen zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sind insofern implizit zu finden, als dass Vielfalt in der Belegschaft mit nachhaltigem, wirtschaftlichen Erfolg verbunden wird. Nachhaltigkeit und das gute Leben stehen in den Unternehmensberichten zum Beispiel über Referenzen zu Stiftungs- und Spendentätigkeiten im Bereich Bildung oder Bemühungen mit Produkten und Dienstleistungen das Leben der KundInnen zu vereinfachen miteinander in Verbindung. Gerechtigkeit und das gute Leben schließlich werden über Gleichstellungsmaßnahmen in Verbindung mit Fragen des Work-Life-Management in der Unternehmenspraxis: „flexible Arbeitszeiten, Teilzeit und mobiles Arbeiten“ (ebd., 42), herstellbar.

Keiner der Unternehmensberichte geht über eng auf die Unternehmensaktivität geführte Verständnisse von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben hinaus. Weder werden Wachstum und Konsum hinterfragt, noch Themen der Verteilungs- oder Teilhabegerechtigkeit angesprochen und auch immaterielle Aspekte eines guten Lebens schwingen höchstens mit. Das ist vielleicht wenig überraschend, bzw. muss von Unternehmen auch nicht erwartet werden. Allerdings betont zum Beispiel auch die Commerzbank, dass es wichtig für ein Unternehmen sei zu überlegen, „wann immer seine geschäftlichen Tätigkeiten Auswirkungen auf Gesellschaft, Mitarbeiter, Umwelt oder das wirtschaftliche Umfeld haben“ (Commerzbank 2014, 25). Diese Auswirkungen existieren natürlich in deutlich größerem Umfang als in den Unternehmensberichten angesprochen. Gleichzeitig ist auch die Unternehmensaktivität deutlich von größeren politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungen betroffen, als es durch die Berichte thematisiert wird.

4.3 Zivilgesellschaft

Nachhaltigkeit

Auch die zivilgesellschaftlichen Akteure beziehen sich alle auf Nachhaltigkeit, allerdings mehr oder weniger explizit und mit unterschiedlichen Schwerpunkten hinsichtlich der Dimensionen der Nachhaltigkeit. Im Jahresbericht des BUND finden sich zahlreiche Verweise auf die ökologische Nachhaltigkeitsdimension, hier insbesondere auf den Themenkomplex Klima und Energie. So wird kritisiert, dass die „internationale Klimadiplomatie [...] nur in Trippelschritten voran“ komme (BUND 2014, 15). Der Klimaschutz wird als „ein Projekt zur Sicherung unserer Zukunft“ charakterisiert (ebd., 12), kritisch angemerkt wird jedoch, dass in Deutschland der CO²-Ausstoß aufgrund billiger Braunkohle wieder steige und die Bundesregierung „Milliardengeschenke an energieintensive Unternehmen“ vor einer „dezentrale Bürgerenergiewende“ (ebd. 3) stelle. Der ökologische Nachhaltigkeitsaspekt klingt auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) an, die betont, dass die „Energiewende“ als aktuelle Herausforderung einen wichtigen Platz auf ihrer Agenda einnehme. Auch hier wird der Klimawandel als zentrale Herausforderung für die nachhaltigere Gestaltung von Wirtschaftssystemen und Gesellschaften dargestellt und insgesamt mehr „ökologische Verantwortung und Nachhaltigkeit“ als „zentrales Grundprinzip des politischen und wirtschaftlichen Handelns“ eingefordert (FES 2014, 27). Die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) legt ebenfalls großen Wert auf die „ökologische Transformation“, die sie als den „Übergang in eine nachhaltige Form des Wirtschaftens“ definiert (HBS 2014, 2). Zu diesem Zweck werden „Reformalternativen zu unterschiedlichen Themen wie Energie, Mobilität, Stadtentwicklung oder Ressourcen- und Agrarpolitik“ erarbeitet (ebd.). Damit werden auch explizit derzeitige Formen des Wirtschaftens und damit verbundene Konsum- und Wachstumsmodelle hinterfragt. So sei der dringend notwendige „Aufbruch in die ökologische Moderne“ die einzige Alternative zum derzeitigen „die Lebensgrundlagen gegenwärtiger und künftiger Generationen“ bedrohenden Wirtschaftsmodell (ebd., 12). Auch argumentiert die Heinrich-Böll-Stiftung, dass die ökologische Transformation nur funktionieren könne, wenn zugleich ein kultureller und sozialer Wandel stattfindet und sich eine Zivilgesellschaft herausbilde, die „die notwendigen politischen Rahmenbedingungen dafür schafft“ (ebd.) und stellt damit Beziehungen zwischen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit her. Der Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) trägt den Titel „Zeiten Wenden – Die Tagesordnung der Zukunft“, was implizit Nachhaltigkeitsfragen anklingen lässt. Es seien unter anderem technologische Neuerungen sowie der Kommunikationssektor, die optimistisch in die Zukunft blicken lassen (KAS 2014, 3). Explizite Verweise auf Nachhaltigkeit finden sich im Jahresbericht selten. Lediglich die durch den Klimawandel bedingte Notwendigkeit einer „ressourcenschonende[n] Entwicklung und der Transfer von Know-How“ werden betont (ebd., 12).

Auch die Gewerkschaften ver.di und IG Metall sprechen Nachhaltigkeitsaspekte an, wenn auch das Thema der Gerechtigkeit deutlich im Vordergrund steht. So plädiert ver.di für einen „sozial-ökologischen Umbau“ von Gesellschaft und Staat, der dem „Umverteilungsmechanismus zu Gunsten der Privatwirtschaft“ ein Ende setzt (ver.di 2014). Auch die IG Metall fordert neben einer gerechteren eine „ökologischere Gesellschaft“ (IG Metall 2014, 4) und sieht Handlungs- und Investitionsbedarf im Umweltschutz sowie bei der Energiewende (ebd. 25), die eine große Chance für den Innovationsstandort Deutschland sei (ebd., 27).

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit spielt im Diskurs aller zivilgesellschaftlichen Akteure, aber insbesondere bei den Gewerkschaften, eine zentrale Rolle. Außerdem wird Gerechtigkeit vor allem konzipiert über Beteiligungsmöglichkeiten an der gesellschaftlichen Entwicklung. Allerdings gibt es Unterschiede hinsichtlich der thematisierten Strategien und Instrumente in der Verfolgung dieser Ziele.

Sowohl ver.di als auch IG Metall integrieren diverse Facetten von Gerechtigkeit in ihren Berichten. Ver.di betont insbesondere den Aspekt gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeit und strebt eine „sozial gerechte Weltordnung“ an. Hierfür setzte sich die Gewerkschaft für eine „Umverteilung von Kapital und Vermögen ein, und zwar von oben nach unten“. Konkret werden die Einführung einer Vermögenssteuer sowie die Reform der Erbschaftssteuer gefordert. Arbeit soll dazu dienen, „Menschen ein Leben in Würde und die soziale Teilhabe [zu] ermöglichen“. Gleichzeitig sind Arbeit und Einkommen der Gewerkschaft zufolge zentral, wenn es um Gerechtigkeit geht. Die Dominanz prekärer Arbeitsverhältnisse in der heutigen Gesellschaft vergrößere die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Ver.di sieht bei den öffentlichen Dienstleistungen sowie beim aktiven Sozialstaat den entscheidenden „Hebel für eine gerechtere gesellschaftliche Entwicklung“ (ebd.) und hat daher dort seinen derzeitigen Arbeitsschwerpunkt. Neben Verteilungsgerechtigkeit und Beteiligungsgerechtigkeit ist der Gewerkschaft ihren Aussagen zufolge schließlich auch Gerechtigkeit im Bildungssystem ein Anliegen. Gerade in Deutschland gelte es zudem endlich soziale Herkunft und Bildungserfolg zu entflechten, eine Forderung, die so auch von der IG Metall vertreten wird, die eine „Bildungsrevolution“ fordert, um die Klassengesellschaft im Bildungssystem zu überwinden (ver.di 2014, 18). Weiterhin betont ver.di die Rolle der Frauen sowie die Notwendigkeit gegen „strukturelle Diskriminierung“ vorzugehen. Die IG Metall positioniert sich als Teil einer weltweiten Bewegung für mehr Beteiligung und mehr Gerechtigkeit. Nicht nur für die Bildungsgerechtigkeit, sondern auch für die Rechte der ArbeitnehmerInnen wird dabei auch die zentrale Rolle des Staates betont. Dieser müsse seine Schutzfunktion wieder wahrnehmen, materielle Sicherheiten bieten und einen „Gegenentwurf[s] zur Totalität des

Marktes“ (IG Metall, 2014, 15) entwerfen, da der Neoliberalismus – charakterisiert als „Brandbeschleuniger des Schlechten“ (ebd., 13) – keine Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit bereithalte: „Nicht auf den Klimawandel, nicht auf die Globalisierung, nicht auf den demografischen Wandel, nicht auf die Internationalisierung der Finanzmärkte und [nicht] auf den technologischen Wandel“ (ebd., 12).

Der BUND betont als Teil der Initiative „Transparente Zivilgesellschaft“ die „Macht einer kritischen Öffentlichkeit“, die sich durch Partizipation und Teilhabe möglichst vieler BürgerInnen, also durch Beteiligungsgerechtigkeit, manifestiere. Eine Partizipationsmöglichkeit würden die Lokalgruppen des BUND darstellen, die im vergangenen Jahr beispielsweise viele Massentierhaltungen verhindern konnten (BUND 2014, 11). Insbesondere im Bereich Energiewende und beim Ausbau erneuerbarer Energien sei die Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung. In diesem Zusammenhang wird unterstrichen, dass sich im letzten Jahr bereits "die Hälfte der erneuerbaren Energien in der Hand von Genossenschaften oder einzelnen BürgerInnen" befunden hätten (ebd., 3).

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fokussiert ebenfalls stark den Gerechtigkeitsaspekt und verweist wiederholt auf ihren Platz innerhalb der "sozialdemokratischen Wertefamilie und der Gewerkschaftsbewegung" sowie die damit verbundenen Grundwerte "Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit". Sozialdemokratie sei "im Alltag gelebte Demokratie für alle, auch für die sozial Schwachen" (FES 2014, 4). Auch hier geht es also um die Ermöglichung von Teilhabe und Partizipation sämtlicher Bevölkerungsschichten. Die "Forderung nach sozialer Gerechtigkeit" ziehe sich als roter Faden durch das gesamte Handeln der Stiftung (ebd., 8). Ein zentrales Betätigungsfeld, in dem dieser Anspruch deutlich werde, sei die Bildungsgerechtigkeit. Hier fördere die Friedrich-Ebert-Stiftung "[d]urch die besondere Berücksichtigung junger Menschen mit Migrationshintergrund sowie aus bildungsfernen und finanzschwachen Familien" einen gerechteren Zugang zu Bildung (ebd.). Die FES möchte ihrer Aussage nach die Globalisierung gerechter und sozialer gestalten und befasse sich daher mit Themen wie Gewerkschaftsarbeit, innovativen Sozialstaatskonzepten, Geschlechterpolitik und -gleichstellung, internationaler Entwicklungs- und Klimapolitik (ebd., 24). Als Antwort auf zunehmende Krisen und Herausforderungen der letzten Jahre und als Lösung der derzeitigen Diskussion um alternative Wirtschafts- und Wachstumsmodelle sieht die Stiftung den leistungsfähigen, gerechten Sozialstaat (ebd. 28).

Auch bei der Heinrich-Böll-Stiftung spielt der Partizipationsaspekt eine wichtige Rolle. So setzt sie sich gemeinsam mit zahlreichen Projektpartnern weltweit dafür ein, „die Spielräume für politische und gesellschaftliche Teilhabe auszuweiten“ (HBS 2014, 56). Zudem setzt sich die Stiftung für die Förderung der Teilhabe von Frauen sowie die Durchsetzung von LGBTI-Rechten ein.

Die KAS hat keinen derart ausgeprägten Gerechtigkeitsfokus in dem Bericht wie die anderen beiden Stiftungen. Sie setzt sich ihrer Aussage nach aber insbesondere für die Jugend ein und sucht beispielsweise nach Lösungen für die europaweite Jugendarbeitslosigkeit (KAS 2014, 8). Im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit findet sich der Hinweis, dass „das fordistische Industrialisierungsideal im Hinblick auf neue Herausforderungen in der Lebens- und Arbeitswelt durchdacht werden“ müsse, unter anderem gelte es das „Ideal des männlichen Ernährers der Familie“ zu hinterfragen (ebd., 36). Insgesamt betont auch diese Stiftung die Bedeutung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Diese werden hier in einer Reihe mit der christlich-sozialen Marktwirtschaft genannt.

Das gute Leben

Insgesamt finden sich bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren wie auch schon bei den wirtschaftlichen Akteuren deutlich weniger Verweise auf das gute Leben als auf Gerechtigkeit. Sowohl im Bericht des BUND als auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung findet sich keine explizite Erwähnung des guten Lebens. Die Friedrich-Ebert-Stiftung betont jedoch, dass – wie die Finanzkrise zeige – der kontemporäre "Marktradikalismus" keineswegs in der Lage sei, "gerecht verteilten und nachhaltigen Wohlstand" für alle zu garantieren. Daher begibt sie sich auf die Suche nach "alternativen und nachhaltigen Wirtschafts- und Wachstumsmodellen" (FES 2013, 8), wobei oberstes Ziel "gute Arbeit", "faire Löhne" sowie "starke und unabhängige Gewerkschaften" seien. Bei der Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt das gute Leben ebenfalls keinen großen Raum ein, explizite Nennungen sucht man auch hier vergeblich. Lediglich sehr allgemeine Aussagen wie die Betonung der Wichtigkeit von Engagement und Beteiligung an gesellschaftlichen Aufgaben (KAS 2014, 68) sind zu finden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung strebt die Errichtung einer „kohlenstoffarmen, ressourceneffizienten und gerechten Weltgesellschaft“, in der alle Menschen weltweit „ein Leben in Wohlstand und Demokratie“ führen könnten und gleichzeitig die ökologischen Belastbarkeitsgrenzen der Erde beachtet würde, an (HBS 2014, 12). Die Stiftung kritisiert, dass die Ökonomie immer mehr Lebensbereiche durchdringe, die ursprünglich den Gesetzen des Marktes entzogen waren, sodass Effizienz, Wettbewerb und Selbstoptimierung bereits „zu gesellschaftlichen Werten an sich geworden“ seien (ebd. 56).

Was die IG Metall anbelangt, so lautet bereits der Titel des hier herangezogenen Vortrags „Kurswechsel – Gemeinsam für ein Gutes Leben“. Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Detlef Wetzel, bezieht konkret Stellung zum Guten Leben, das weit mehr umfasse als eine zufriedenstel-

lende Ausstattung mit materiellen Gütern. Vielmehr nimmt er Bezug auf Amartya Sen, der „den Grad des persönlichen Wohlergehens vor allem an den Verwirklichungschancen fest [mache]. Zu diesen Chancen gehört neben einem ausreichenden Einkommen auch der Zugang zu Bildung, zu Wohnraum und zu einem funktionierenden Gesundheitssystem“ (IG Metall 2014, 15), aber auch Demokratisierung und Mitbestimmung. Zentral sei die Bereitstellung von Möglichkeiten zur individuellen Erreichung eines guten Lebens (ebd., 16): Der Exportweltmeister Deutschland sollte danach streben zugleich „Wohlstandsweltmeister“, „Lebensqualitätsweltmeister“ sowie „Bildungs- und Gerechtigkeitsweltmeister“ zu werden (ebd., 17). Ver.di, wiederum, betont vor allem die Wichtigkeit der Arbeitsverhältnisse für ein gutes Leben, denn „Arbeit soll Menschen ein Leben in Würde und die soziale Teilhabe ermöglichen“ (ver.di 2014), die Arbeitsverhältnisse seien bestimmd für die Lebensqualität.

Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben im zivilgesellschaftlichen Diskurs

Die verschiedenen hier untersuchten Dokumente und Berichte von Umweltverbänden, politischen Stiftungen und Gewerkschaften zeigen eine größere Bandbreite und Unterschiede in den Schwerpunktsetzungen hinsichtlich der thematisierten Aspekte von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und gutem Leben sowie vorgeschlagenen Strategien und Instrumenten sie zu verfolgen. Explizit oder implizit werden sie jedoch alle angesprochen.

Insbesondere Nachhaltigkeit spielt bei allen Akteuren eine Rolle, wobei sich die Schwerpunkte entweder vor allem bei ökologischer oder sozialer Nachhaltigkeit verorten lassen, auch im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber gegenwärtigen und zukünftigen Generationen. Gleichzeitig identifizieren sie auch unterschiedliche Strategien zur Verfolgung von Nachhaltigkeit und Sicherung einer gesellschaftlichen Zukunft. Während manche Akteure grundlegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel fordern, vertrauen andere auf technische Lösungen und insbesondere Entwicklungen im Kommunikationssektor. Bei Gerechtigkeit steht bei allen Akteuren vor allem die Frage gesellschaftlicher Teilhabe im Zentrum, oft in Verbindung mit Bildungsgerechtigkeit. Einige Akteure thematisieren darüber hinaus Fragen der Einkommensverteilung und Umverteilung. Das gute Leben schließlich wird seltener explizit genannt. Aber mehrere der Akteure sprechen Wohlstandsfragen an, andere fokussieren auf Arbeitsplätze oder die Ökonomisierung gesellschaftlicher Bereiche. Die IG Metall schließlich definiert ein gutes Leben umfassend und stellt damit direkte Bezüge zu Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit her. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit erscheinen hier als Bedingungen eines guten Lebens.

Aber auch die anderen Akteure lassen solche Bezüge erkennen. Als oberste Ziele der Böll Stiftung werden die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten, die Bekämpfung der Zer-

störung des globalen Ökosystems, das Vorantreiben der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Friedenssicherung sowie die Verteidigung der individuellen Freiheit gegen sowohl staatliche als auch wirtschaftliche Übermacht genannt(ebd., I). Hier wird deutlich, dass Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben in der Philosophie der Stiftung eng verwoben sind. Ver.di stellt die Beziehung zwischen Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und gutem Leben über die Bildung her: Bildung sei „zentrales Menschenrecht“ und Voraussetzung dafür, dass „Menschen Verantwortung übernehmen – für sich selbst, für andere und die Umwelt“. Schließlich werden aber auch Sichtweisen, die einen trade-off zwischen Zielen der Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und des guten Lebens deutlich. So unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung die Forderung nach "nachhaltige[n] Entwicklungspfade[n]", betont jedoch, dass "soziale Gerechtigkeit" hierbei unter keinen Umständen auf der Strecke bleiben dürfe (ebd., 58); das Modell einer "guten Gesellschaft" sei das oberste Ziel (ebd.).

5 Fazit

Das vorliegende Diskussionspapier hat Referenzen zu Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und dem guten Leben in Berichten und Dokumenten von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren untersucht. Die Motivation für diese Untersuchung war, dass die drei Konzepte als gesellschaftliche Zielsetzungen sehr populär im Diskurs sind, gleichzeitig aber in unterschiedlichster Weise ausgelegt werden können, und dass mit diesen Auslegungen Politik gemacht wird. Insofern macht es Sinn, Bedeutungszuschreibungen, die über diese Begriffe sowie ihre Verknüpfungen erfolgen, zu ergründen und konsensuale sowie konfligierende Aspekte dieser Bedeutungszuschreibungen zu identifizieren.

Die Analyse hat aufgezeigt, dass Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und das gute Leben in der Tat explizite oder implizite Referenzen im politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Diskurs sind. Dabei gibt es Gemeinsamkeiten wie auch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, zum Beispiel hinsichtlich verschiedener Dimensionen der Nachhaltigkeit oder Facetten der Gerechtigkeit.

Nachhaltigkeit wird von allen Akteuren weitestgehend explizit angesprochen, wobei bei den wirtschaftlichen Akteuren Nachhaltigkeit über die Verbindung zur Profitabilität der Unternehmen meist eng begrenzt wird, während zivilgesellschaftliche Akteure dazu tendieren, den Schwerpunkt eher auf der ökologischen oder der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit zu legen. Die politischen Akteure dagegen definieren Nachhaltigkeit über ihre drei Dimensionen, d.h. ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit, wobei die Enquete-Kommission ökologische Nachhaltigkeit explizit als prioritär – weil Grundbedingung für menschlichen Wohlstand und Wohlergehen – setzt.

Hinsichtlich Fragen der Gerechtigkeit ist auffällig, dass wirtschaftliche Akteure dieses Thema vor allem auf ihre Belegschaft begrenzen. Zivilgesellschaftliche und politische Akteure sprechen dagegen vor allem Fragen von gesellschaftlicher Teilhabe an. Die Enquete-Kommission sowie einzelne zivilgesellschaftliche Akteure thematisieren darüber hinaus Fragen der Einkommensverteilung. Bei allen Akteuren wiederum scheint (Weiter-)bildung ein wesentliches Gerechtigkeitsthema zu sein, wobei aus gesellschaftlicher Sicht eine Notwendigkeit besteht zwischen Debatten zur Bildungsgerechtigkeit und zu Weiterbildungsprogrammen in Unternehmen einen gewissen Unterschied zu machen.

Am wenigsten explizit wird das gute Leben thematisiert. Allerdings erscheint es über viele Verweise auf Wohlstand, Work-Life Balance oder Bildung und Gesundheit in den Texten. Bei expliziten Referenzen stehen vor allem Verweise auf immaterielle Bedingungen eines guten Lebens im

Vordergrund. Bei impliziten Verweisen sind das eher Fragen von Wohlstand, Arbeitsplätzen, Gesundheit und Bildung. Diese verweisen natürlich zum Teil auch wieder auf immaterielle Bedingungen eines guten Lebens, werden zum Teil aber auch in den Kontext einer leistungsstarken Arbeitnehmerschaft gestellt.

In den untersuchten Dokumenten zeigt sich die Verschränkung von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und dem guten Leben als durchaus ambivalent. Einige Akteure definieren die Beziehung zwischen Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und dem guten Leben sozusagen als natürliches Zusammenhangsmodell. Andere sehen trade-offs, zum Beispiel zwischen Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit.

Die hier analysierten Unternehmen präsentieren dagegen ihre Tätigkeiten als unverzichtbar für ein gutes Leben und reflektieren aber nicht potentiell negative Auswirkungen ihres Handelns oder denken über alternative Wirtschafts- oder Konsummodelle nach. Den KundInnen soll ein möglichst breites und attraktives Angebot präsentiert werden, während Fragen der Gerechtigkeit vor allem bei der Ausbildung und Betreuung der MitarbeiterInnen eine Rolle spielen. Größere gesellschaftliche Dimensionen der drei Themen und die Rolle der Wirtschaft als Einfluss auf und beeinflusst von diesen breiten gesellschaftlichen Entwicklungen und den aus ihren Verbindungen resultierenden Herausforderungen werden nicht thematisiert.

Auch bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren wird Bezug genommen auf Nachhaltigkeit, das gute Leben und Gerechtigkeit mit je verschiedenen Verweisen auf diese Bereiche. Gerade die Gewerkschaften und die Friedrich-Ebert-Stiftung legen besonderen Wert auf gerechte Verhältnisse innerhalb einer demokratischen Ordnung. Die Heinrich-Böll-Stiftung verweist besonders auf den Wert einer nachhaltigen Entwicklung für die Gesellschaft und verknüpft gutes Leben und Gerechtigkeit in ihrem Nachhaltigkeitsverständnis.

Die Politik betont die für ein gutes Leben unerlässlichen materiellen und immateriellen Werte und setzt dabei vor allem auf die Bereitstellung von strukturellen Rahmenbedingungen für Wachstum, Standortattraktivität, Bildung, Partizipation sowie Zusammenhalt und Gerechtigkeit. Insgesamt zeigen der Koalitionsvertrag und der Schlussbericht der Enquete-Kommission sehr deutlich die Verbindung verschiedener gesellschaftlicher Aspekte des guten Lebens und von Gerechtigkeit im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung.

Was die politischen Strategien und Instrumente zur Verfolgung der drei gesellschaftlichen Zielsetzungen angeht, zeigen sich schließlich noch einmal deutliche Unterschiede zwischen den Akteuren. Der Koalitionsvertrag, die wirtschaftlichen Akteure und die Konrad-Adenauer Stiftung setzen vor allem auf grünes Wachstum, Effizienz, wirtschaftlichen Erfolg und technologische

Innovation als Erfolgs- und Standortfaktoren. Dagegen stellen die Enquete-Kommission, sowie diverse zivilgesellschaftliche Akteure aktuell dominante wirtschaftspolitische Normen, wie zum Beispiel das Wachstumsparadigma, in Frage, argumentieren für die Notwendigkeit innergesellschaftlicher Umverteilung, benennen alternative politische, ökonomische und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten und verlangen insgesamt eine deutlichere politische Intervention im Interesse von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und dem guten Leben.

Insofern unterstreicht diese Analyse die absolute Notwendigkeit der genauen Identifikation und kritischen Reflektion jeweiliger Konstruktionen von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und dem guten Leben im Diskurs. Mit jeder Konstruktion wird etwas ins Scheinwerferlicht gerückt und etwas anderes in den Schatten gestellt. Eine informierte politikwissenschaftliche Analyse muss sich dieser Strategien und Effekte bewusst sein und sie gegebenenfalls über eine Ausweitung des Scheinwerferlichts zur Debatte stellen.

Referenzen

- Anand, Sudhir; Sen, Amartya (1994): Human Development Index. Methodology and Measurement. Occasional Paper 12, United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- BASF (2014): BASF Bericht 2013. Ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Leistung. Hg. v. BASF. Ludwigshafen.
- Bernstein, Steven (2002): Liberal Environmentalism and Global Environmental Governance. In: *Global Environmental Politics* 2 (3), S. 1–16.
- BMW Group (2014): Geschäftsbericht 2013. München.
- BUND (2014): Der BUND. Jahresbericht 2013. Berlin.
- Castel, Rober; Dörre, Klaus (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung – Die Soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M.: Campus.
- Commerzbank AG (2014): Die nächsten Schritte. Geschäftsbericht 2013. Frankfurt am Main.
- Deutsche Telekom AG (2014): Corporate Responsibility 2013. Nachhaltigkeit bei der Telekom im Überblick. Bonn.
- Di Giulio, Antonietta; Fuchs, Doris (2014): Sustainable Consumption Corridors: Concept, Objections, and Responses. In: *GAIA* 23, S. 184–192.
- Di Giulio, Antonietta Rico Defila Ruth Kaufmann-Hayoz (2010): Gutes Leben, Bedürfnisse und nachhaltiger Konsum. In: *Umweltpsychologie* 14 (2), S. 10–29.
- Diekmann, Andreas (2010): Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbeck: Rowohlt.
- Enquete-Kommission (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft". Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Falkner, Robert (Hg.) (2013): Handbok of Global Climate and Environmental Policy. Hoboken: Wiley-Blackwell.
- Feist, Marian; Fuchs, Doris (2014): Was heißt hier nachhaltig? In: Marcel Heires und Andreas Nölke (Hg.): Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 225–240.
- Fenner, Dagmar (2007): Das Gute Leben. Berlin, New York: Walter de Gruyter.
- Findl-Ludescher, Anna; Langhammer, Elke; Panhofer, Johannes (Hg.) (2012): Gutes Leben - für alle? Theologisch-kritische Perspektiven auf einen aktuellen Sehnsuchtsbegriff. Wien: Lit (Kommunikative Theologie - interdisziplinär Communicative theology - interdisciplinary studies, 16).

- Fineman, Martha Albertson (2004): The Autonomy Myth: A Theory of Dependency. New York: The New Press.
- Frey, Bruno (Hg.) (2008): Happiness. A Revolution in Economics. Cambridge: MIT.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2013): Für soziale Demokratie. Jahresbericht 2013. Perspektiven 2014. Bonn.
- Fuchs, Doris (2003): An Institutional Basis for Environmental Stewardship. The Structure and Quality of Property Rights. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers.
- Fuchs, Doris (2005): Commanding Heights? The Strength and Fragility of Business Power in Global Politics. In: *Millennium - Journal of International Studies* 33 (3), S. 771–801.
- Fuchs, Doris (2007): Business Power in Global Governance. Boulder: Lynne Rienner.
- Fuchs, Doris (2013): Sustainable Consumption. In: Robert Falkner (Hg.): Handbok of Global Climate and Environmental Policy. Hoboken: Wiley-Blackwell, S. 215–230.
- Fuchs, Doris; Meyer-Eppler, Richard; Hamenstädt, Ulrich (2013): Food for Thought: Financialization and the Sustainability of Societies. In: *Competition and Change* 17 (3), S. 2013–2233.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Frankfurt a.M.: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Graf, Antonia (Im Erscheinen): Shaping Sustainability. Diskursive Macht von Transnationalen Unternehmen im Nachhaltigkeitsdiskurs. Baden-Baden: NOMOS.
- Habermas, Jürgen (1999): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur Politischen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp (suhrkamp taschenbücher wissenschaft, 1444).
- Hajer, Maarten (1997): The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process. Oxford: Clarendon Press.
- Heinrich-Böll-Stiftung (2014): Jahresbericht 2013. Berlin.
- Heires, Marcel; Nölke, Andreas (Hg.) (2014): Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Jackson, Tim (2005): Live Better by Consuming Less? Is There a "Double Dividend" in Sustainable Consumption? In: *Journal of Industrial Ecology* 9 (1-2), S. 19–36.
- Koalitionsvertrag (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode. Berlin.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (2014): Zeiten Wenden. Die Tagesordnung der Zukunft. Jahresbericht 2013. Einblicke 2014. Sankt Augustin.
- Lorek, Sylvia; Fuchs, Doris (2011): Strong Sustainable Consumption Governance - Precondition for a Degrowth Path. In: *Journal of Cleaner Production* 38, S. 36–43.
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Content Analysis. In: *Qualitative Social Research* 1 (2). Online verfügbar unter <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1089/2385>, zuletzt geprüft am 22.06.2015.

- Nussbaum, Martha C. (1992): Human Functioning and Social Justice: In Defense of Aristotelian Essentialism. In: *Political Theory* 20 (2), S. 202–246.
- Robeyns, Ingrid (2005): The Capability Approach. A Theoretical Survey. In: *Journal of Human Development* 6 (1), S. 93–117. DOI: 10.1080/146498805200034266.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Sen, Amartya (1996): Maximization and the Act of Choice. Harvard Institute of Economic Research (Harvard Institute of Economic Research Working Papers).
- Sen, Amartya (1999): Commodities and Capabilities. New Delhi: Oxford University Press.
- Toens, Katrin; Willem, Ulrich (Hg.) (2012): Politik und Kontingenz. Wiesbaden: Springer.
- van Dieren, Wouter (1995): Taking Nature Into Account. A Report of the Club of Rome. New York: Springer.
- Ver.di (2015): Übersicht Themen. Online verfügbar unter <https://www.verdi.de/themen>, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- West, Darrell M.; Loomis, Burdett A. (1999): The Sound of Money. How Political Interests Get What They Want. New York: W.W. Norton.
- Wetzel, Detlef (2013): 6. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall vom 24. bis 25. November 2013 in Frankfurt "Kurswechsel - Gemeinsam für ein Gutes Leben". IG Metall. Frankfurt, November 2013.
- Willem, Ulrich (2012): Kontingenz und Politik. Interdisziplinäre und Politikwissenschaftliche Perspektiven. In: Katrin Toens und Ulrich Willem (Hg.): Politik und Kontingenz. Wiesbaden: Springer, S. 11–22.